

**ERINNERUNG / Vom Kampf gegen den Terror und dem Verlust von Bürgerrechten**

# Auf der Suche nach der Balance

**Stiftung begeht ihren Jahrestag mit Diskussion zur Sicherheitspolitik**

**Höhlt die Terrorismusbekämpfung die Demokratie aus, weil sie die Freiheit unnötig einschränkt? Nein, sagt die bayerische Justizministerin Beate Merk (CSU). „Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit.“ Das sahen nicht alle so bei der Diskussion der Stiftung Erinnerung.**

**WILLI BÖHMER**

Der Journalist Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung listete in einem Artikel Auswirkungen der Terrorismusbekämpfung auf die Gesellschaft auf. Weil der Autor kurzfristig erkrankt war, setzte sich die bayerische Justizministerin Beate Merk im Ulmer Stadthaus nicht mit ihm, sondern mit seinen Thesen auseinander. Sie war der Einladung zum 4. Jahrestag der Stiftung Erinnerung Ulm gefolgt.

Es stimmt, es gibt eine enge Beziehung zwischen Freiheit und Bürgerrechten auf der einen und Sicherheitsgesetzen auf der anderen Seite, räumte Merk ein. Benötigt werde beides, es komme auf die richtige Balance an. Die sieht sie gegeben, anders als Prantl. Redegewandt und temperamentvoll verteidigte sie im Gespräch mit dem Politikchef der SÜDWEST PRESSE, Wilhelm Hölkemeier, die Rolle des Staates, der der Sicherheit den Vorzug einräumt. „Wenn wir mehr für die Sicherheit tun müssen, wird das auch auf Kosten der Bürgerrechte gehen.“ Aber Eingriffe dürften nur auf klar definierten gesetzlichen Wegen geschehen, mit richterlichen Anordnungen, sagte die Justizministerin.

Die Zunahme der Telefonüberwachungen, die von der Politik beabsichtigte unbemerkte Kontrolle von Computern durch Trojaner der Polizei – manchmal reagiert die Politik auch überzogen, mit Aktionismus, stellte Hölkemeier fest. Und Prantl hatte in seinem Artikel festgehal-



Justizministerin Beate Merk (links) diskutierte mit SWP-Politikchef Wilhelm Hölkemeier und der Vorsitzenden der Stiftung Erinnerung, Dr. Ilse Winter, über Terrorismusbekämpfung und Bürgerrechte.

FOTO: MATTHIAS KESSLER

ten: „Stark ist nicht der Staat, der sich vergisst, der zuschlägt, bei dem der Zweck die Mittel heiligt. Stark ist der Staat der inneren Gewissheit – der Gewissheit darüber, dass die Menschen und Bürgerrechte noch immer die besten Garanten der inneren Sicherheit sind.“

Sollen sie zuschauen müssen, wenn sich Terroristen moderner Technik wie Computer und Handy bedienen, fragte Merk? Mitglieder verdächtiger Gruppierungen benutzten heute viele Handys parallel, deshalb habe sich die Zahl der Telefonüberwachungen in Baden-

Württemberg im vergangenen Jahr verdreifacht. Und was die Computerüberwachung betrifft, müsse dafür eine rechtliche Grundlage geschaffen werden. „Die Trojaner sollen auch nur bei Verdacht eingesetzt werden“, sprach sie sich für diese heimliche Überwachungsmöglichkeit durch die Polizei aus. Sie wolle auch keine Trojaner in ihrem Computer, aber der Staat müsse reagieren.

Es sei viel schwerer geworden, verdächtige Personen zu überwachen, weil diese, anders als zu RAF-Zeiten, nicht mehr auf eine bestimmte Gruppe beschränkt und auch nicht mehr national organisiert seien.

„Viele bislang in der Szene unbekannte Menschen werden plötzlich gewalttätig.“ Um angesichts solcher Entwicklungen Erfolg zu haben, müsse sich die Polizei modernster Methoden bedienen.

## Von der Datensammelwut

Warum die Polizei dann nicht einfach in eine Wohnung marschiert und den Computer sicherstellt, wenn es einen Verdacht gibt? So einfach ist es eben nicht immer, wehrte Merk ab. Hölkemeier erinnert die Zunahme der Sicherheitsgesetze „im Hinterkopf irgendwo an das Beispiel der Stasi“ und deren Datensammelwut. „Flächendeckend wird es das bei uns nicht geben“, versicherte Merk.

Ob sie wirklich glaube, dass sich Terroristen mit diesen Maßnahmen fangen ließen? Es sei oft die einzige Möglichkeit, Tätern auf die Spur zu kommen, beharrte die Justizministerin. „Wir wären bekloppt, wenn wir nicht sagen würden, wir müssen in bestimmten Fällen die selben Möglichkeiten haben.“

Viele Zuhörer waren nicht überzeugt. Aber in einem Punkt waren sich alle einig: Die Diskussion über das Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Bürgerrechten ist dringend nötig, um Fehlentwicklungen vorzubeugen.